

Beratendes Mitglied

Herr Felix Albert	unentschuldigt
Herr Wolfgang Alboth	
Herr Tom Götz	entschuldigt, dienstlich
Herr Dieter Rappenhöner	entschuldigt, Urlaub

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Birgit Winkler	SB Städtebau	TOP 3.1, 3.2, 3.3
Herr Falk Förster	SB Städtebau	TOP 2.1
Frau Peggy Barthel	SB Verkehrsplanung	TOP 2.2
Herr Markus Löffler	FGL Stadtplanung u. Umwelt	alle TOP
Frau Evelyn Schramm	FGL Verkehr	alle TOP
Herr Axel Markert	Teamleiter GAV	TOP 3.2
Herr Steffen Ullmann	FGL Tiefbau	alle TOP
Herr Lars Krämer	Büro OB	alle TOP

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Schönfelder, Planungsbüro Strunz	Vorhabenbezog. Bebauungsplan Nr. 26 Automobil- und Dienstleistungszentrum Müller Plauen Oberlosa
Herr Riedel	Freie Presse
Frau Rössel	Vogtlandanzeiger

Tagesordnung: **öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 16. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 31.05.2021
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen der Bürgermeisterin
2. Information
- 2.1. Monitoring-Bericht zur Entwicklung der baulichen Brachen in Plauen 2020
Drucksachennummer: 0432/2021
- 2.2. Erstellung der Radverkehrskonzeption Plauen 2021
Drucksachennummer: 0425/2021
Antrag der Fraktion SPD/Grüne/Initiative - Ausbau Radwegenetz/Beteiligung von Kindern/Jugendlichen und Menschen mit Behinderung, Reg.-Nr. 218-21 - Stellungnahme der Verwaltung
3. Vorberatung
- 3.1. Einzelvorhaben 1 des Modellvorhabens „ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden“ - Aufwertung ehemaliger Rückbauflächen des Mammengebietetes
Drucksachennummer: 0426/2021

- 3.2. Einzelvorhaben 4 des Modellvorhabens „ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden“ - Sport- und Bildungscampus Ostvorstadt
Drucksachennummer: 0427/2021
- 3.3. Einzelvorhaben 6 und 7 des Modellvorhabens „ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden“ - Arbeitstitel Mobilität und Digitalisierung
Drucksachennummer: 0428/2021
- 3.4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 026 „Automobil- und Dienstleistungszentrum Müller, Plauen-Oberlosa“ Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Drucksachennummer: 0429/2021
- 4. Antrag der Fraktion DIE LINKE.- Erarbeitung einer Freiflächengestaltungssatzung (FGS), Reg.-Nr. 217-21 - Stellungnahme der Verwaltung
- 5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 18. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses wird durch den Vorsitzenden, Herrn Oberbürgermeister Zenner, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift werden die Stadträte Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion und Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Zenner schlägt vor, den TOP 3.4 auf TOP 3.1 vorzuziehen. Hiergegen gibt es keine Einwände. Die Tagesordnung über den öffentlichen Teil wird darüber hinaus bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 16. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 31.05.2021

Herr Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 16. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 31.05.2021 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen.

1.4. Informationen der Bürgermeisterin

Herr Oberbürgermeister Zenner hat keine weiteren Informationen.

2. Information

2.1. Monitoring-Bericht zur Entwicklung der baulichen Branchen in Plauen 2020 **Drucksachennummer: 0432/2021**

Herr Forster, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, führt in den nunmehr sechsten Branchen-Monitoring-Bericht ein.

Auch im Jahr 2020 konnten bauliche Brachen aus der Statistik gelöscht werden. Am 31.12.2020 hatte die Stadt noch 393 bauliche Brachen mit einer Fläche von ca. 25 ha.

32 Objekte konnten revitalisiert werden. In 2020 konnten erstmals mehr Rückbaumaßnahmen als Sanierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Dennoch konnte der angestrebte Rückbauwert von 75 % nicht erreicht werden. Dies könnte auch den ungünstigeren Förderbedingungen für Rückbauten – vor allem für Private – liegen.

In den zurückliegenden sechs Jahren sind 150 Brachen aus dem Stadtbild verschwunden.

Es ist jedoch zu erwarten, dass sich die allgemein hohe Zahl an Rückbauten stetig verringern wird. Die Zahl der neu aufgenommenen Brachen ähnelt dabei denen in den Vorjahren.

Er betont, dass es daneben durchaus baufällige Objekte gibt, welche sich jedoch in Nutzung befinden und deshalb lediglich als Beobachtungsobjekte geführt werden.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht eine konkrete Abbruchmaßnahme in der Pausaer Straße 109 an. Ihn interessiert, wer für die dadurch entstandene freie Fläche verantwortlich ist sowie was damit geschehen wird.

Herr Löffler, FGL Stadtplanung und Umwelt, erläutert, dass zunächst eine Rasenansaat erfolgen wird. Da der Rückbau über Duldungsverfügung erfolgte, muss das Grundstück zunächst versteigert werden. Grundsätzlich könne man sich auch vorstellen, dort eine Straßenbahnhaltestelle aufzubauen.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, interessiert die absolute bzw. relative Zahl an Wohnungsleerstand.

Herr Forster, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, teilt mit, dass der Anteil an leerstehenden und in vermietbarem Zustand befindliche Wohnungen ca. 14 % ausmacht. Der Anteil der leerstehenden Wohnungen, die sich nicht in vermietbarem Zustand befinden beläuft sich etwa auf 18 %.

2.2. Erstellung der Radverkehrskonzeption Plauen 2021

Drucksachenummer: 0425/2021

Frau Barthel, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, führt in die Vorlage ein.

Das entwickelte Radroutennetz verfügt nun über 15 Alltagsrouten, touristische Routen sowie Querverbindungen. Diese Routen wurden ausgestattet mit Wegweisern und Radabstellanlagen. Um dieses Netz zu warten, wurde ein Radwegmeister eingestellt.

Bei der Umsetzung sind aber auch andere Radnetze, wie z. B. das Deutschlandradnetz und die vogtländische Radverkehrskonzeption zu berücksichtigen.

Wichtiges Ziel der Radverkehrskonzeption der Stadt ist die Erhöhung des Radverkehrsanteils, welcher derzeit bei etwa 2 % liegt. Dazu gehört die Schaffung einer flächendeckenden Radinfrastruktur. Hierzu wurde z. B. im Juni d. J. die Fa. ISUP als renommiertes Ingenieurbüro mit den erforderlichen Daten vorsorgt und mit der Planung beauftragt. In der Folge sollen Lücken im Radnetz geschlossen werden. Sie schlägt als Öffentlichkeitsbeteiligung eine prozessbegleitende AG aus Landratsamt, Nachbarkommunen, Ortschaften, Vereinen und Initiativen vor.

In die Erarbeitung fließen weiterhin mehrere verschiedene Befragungen ein, so z. B. eine Internetbefragung zum Rad- und Fußverkehr in 2019, der Fahrradklimatest sowie die gerade laufende Schulbefragung. Wünschenswert ist aus ihrer Sicht auch eine Bürgerveranstaltung. Die Fertigstellung wird für das 2. Quartal 2022 anvisiert.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach dem konkreten Ziel, welches sich die Stadt als Radverkehrsanteil gesetzt hat.

Darüber hinaus empfiehlt er, durch Plauen quasi mal „mit Kinderaugen“ zu fahren, um Gefahren noch besser einschätzen zu können.

Er möchte weiterhin wissen, wie die angesprochene Schulbefragung konkret aussieht.

Herr Przisambor zitiert ferner aus der Vorlage die Formulierung „...die allgemeintübliche Herangehensweise...“ und kritisiert diese. Vielmehr solle die Stadt seiner Meinung nach nicht diesen Anspruch haben, sondern gerade innovativ und vorausgehend agieren.

Zum Schluss regt er an, nicht nur Fahrradwege zu planen und zu bauen, sondern vielmehr einen Schritt weiter zu denken und von Fahrradstraßen zu sprechen.

Darüber hinaus stört ihn, dass die Fertigstellung des Konzeptes erst für 2022 angedacht und an die Umsetzung überhaupt erst danach zu denken ist. Er fragt an, was konkret bis dahin schon getan wird.

Frau Barthel führt aus, dass sie mit einem Zielwert von etwa 8 % Radverkehrsanteil vollauf zufrieden wäre.

Die Schulbefragung erfolgt dergestalt, dass abgefragt wird, wie viele Schüler mit dem Rad zur Schule kommen, wie die Schulen mit Abstellanlagen ausgestattet sind und welche Problempunkte ihnen bekannt sind.

Mit „allgemeintüblicher Herangehensweise“ ist lediglich die Umsetzung gemeinsam mit dem Ingenieurbüro gemeint, welches bereits an der Sächsischen Radverkehrskonzeption sowie an der des Landkreises mitgearbeitet hat.

Darüber hinaus fasst die weiteren durch Herrn Stadtrat Przisambor genannten Punkte als genau die zusammen, die im Rahmen des zu erarbeitenden Konzeptes geklärt bzw. umgesetzt werden sollen.

Kurzfristige Umsetzungen für den Radverkehr in Plauen im Allgemeinen sieht Frau Barthel problematisch und in der fest verankerten Akzeptanz des Kfz-Verkehrs begründet. Selbst wenn Anlagen für den Radverkehr umgesetzt, diese dann jedoch kaum genutzt werden, gäbe es ihrer Meinung nach Probleme, diese freizuhalten. Nicht selten höre sie im Umkehrschluss, dass man für „die paar Radfahrer“ nicht solche Beträge aufrufen müsse.

Herr Oberbürgermeister Zenner unterstreicht den durch Frau Barthel geäußerten Wunsch nach mehr Unterstützung und bittet die Stadträte, dies mit in die Fraktionen zu tragen. Auch wenn der Radverkehr bislang eine Randerscheinung in Plauen gewesen sei, so befinden wir uns diesbezüglich in einem Umbruch.

Antrag der Fraktion SPD/Grüne/Initiative - Ausbau Radwegenetz/Beteiligung von Kindern/Jugendlichen und Menschen mit Behinderung, Reg.-Nr. 218-21 - Stellungnahme der Verwaltung

Der Antrag wird von den Antragstellern durch die Ausführungen der Frau Barthel im Rahmen ihrer Vorstellung zur Radverkehrskonzeption bzw. insbesondere zur geplanten AG mit verschiedensten Beteiligten als beantwortet angesehen.

3. Vorberatung

3.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 026 „Automobil- und Dienstleistungszentrum Müller, Plauen-Oberlosa“ Billigungs- und Auslegungsbeschluss *Drucksachennummer: 0429/2021*

Herr Schönfelder, Planungsgruppe Strunz, führt kurz zum Gegenstand des Vorhabens sowie zu den bisherigen Arbeitsschritten aus.

Aus der frühzeitigen Beteiligung hat sich ergeben, dass der Geltungsbereich im Bereich der Zufahrt nach Norden verlängert werden muss, um hier eine Ausweichstelle innerhalb der Kreisstraße zu etablieren. Ferner wird eine neue Anbindung der Kreisstraße an die Otto-Erbert-Straße erfolgen.

In dem Baugrundgutachten hat sich ferner herausgestellt, dass aufgrund eines sehr felsigen Bodens kein Regenwasser auf dem Grundstück versickern kann. Die geplante Regenentwässerung musste deshalb neu geplant werden. Die Stadt wird deshalb nördlich des Standortes ein Regenrückhaltebecken bauen. Das Regenwasser wird gepuffert und dann gedrosselt abgegeben.

Viele Ausgleichsflächen konnten innerhalb des Planungsgebietes untergebracht werden, es konnte eine weitere Ausgleichsfläche extern in Meßbach für zehn Lerchenfenster gefunden werden.

Eine letzte Änderung ist die Einführung eines Immissionskontingentes für den Immissionsschutz für tagsüber 60 dB (A) sowie nachts 53 dB (A).

Abschließend führt Herr Schönfelder zum angedachten Zeitplan aus.

Frau Alice Schubert, Fraktion DIE LINKE., erkundigt sich genauer nach den Lerchenfenstern. Insbesondere interessiert sie, wie man auf Meßbach kam und wie diese „Umsiedlung“ der Lerchen praktisch umgesetzt wird.

Herr Schönfelder antwortet dazu, dass ein Fachbüro im betreffenden Gebiet zwei Feldlerchennester gefunden habe. Im Benehmen mit der Stadtverwaltung sei dann dieser Ausgleichsstandort ermittelt worden.

Herr Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass sich die Natur entsprechende Alternativen suche, diese habe man damit geschaffen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen billigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 026 „Automobil- und Dienstleistungszentrum Müller, Plauen-Oberlosa“ mit dem Entwurf der Begründung und beschließt die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Enthaltung

3.2. Einzelvorhaben 1 des Modellvorhabens „ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden“ - Aufwertung ehemaliger Rückbauflächen des Mammengebietetes *Drucksachenummer: 0426/2021*

Frau Winkler, FG Stadtplanung und Umwelt, grenzt zunächst das betreffende Gebiet räumlich ein und nennt die Ziele, die in diesem Wohngebiet erreicht werden sollen.

Es geht vor allem darum, die funktionalen Defizite zu beseitigen, einen gut integrierten und attraktiven Wohnstandort mit einer guten Infrastruktur zu schaffen, eine bessere Freiflächengestaltung zu erreichen, Mobilität und Barrierearmut zu etablieren, die Nahversorgung sowie eine bessere soziale Versorgung zu stärken. Zudem soll der Wohnungsleerstand verringert und der Zuzug junger Menschen gefördert werden.

Aktuell fehlt dort z. B. ein Ortsteilzentrum, Begegnungsmöglichkeiten gibt es kaum.

Es wird angestrebt, dort eine Form der Nahversorgung umzusetzen – auch wenn die Ansiedelung eines namhaften Discounters eher unwahrscheinlich ist.

Dieses Vorhaben ist in drei Einzelbausteine aufgeteilt. Es sind Verschiebungen innerhalb der Bausteine vorgenommen worden, die absoluten Gesamtbeträge bleiben jedoch gleich.

Es wird eine Planungsgruppe gebildet werden, für die es auch schon Anmeldungen gibt, welche in mehreren Workshops die Planungsgrundlage entwickelt.

Die bauliche Umsetzung soll zwischen 2023 und 2025 stattfinden.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt an, ob bei der Realisierung der vorgenannten Punkte auch eine Sanierung der Stadtteil-Straßen aus dem städtischen Haushalt denkbar wäre.

Frau Winkler muss dies verneinen. Für die Sanierung von Straßen stehen keine Mittel zur Verfügung. An den Wegebeziehungen zwischen oberem und unterem Mammengebiet soll jedoch gearbeitet werden.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erkundigt sich konkret nach dem geplanten Mobilitätsknoten, insbesondere in welcher Maßnahme dieser zu finden ist.

Frau Winkler erläutert, dass dieser Punkt sich voraussichtlich in den Einzelvorhaben 6 und 7 finden wird. Das Konzept ist noch nicht abgeschlossen. Das Digitalisierungs- und Mobilitätskonzept wird zwar vertiefend für die Ostvorstadt dargestellt. Da die Maßnahmen jedoch ohnehin miteinander zusammenhängen, werden sich die Maßnahmen auch im Mammengebiet darstellen. Welche Mobilitätsknoten jedoch etabliert werden, werden die Ergebnisse der Planungswerkstatt zeigen. Schon aus finanziellen Gründen muss hier eine Priorisierung erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Beantragung der Fördermittel für die geplanten Maßnahmen (Baustein 1-3) des Einzelvorhabens 1 – Aufwertung ehemaliger Rückbauflächen des Mammengebietes, unter Vorbehalt der Forderungen und Anregungen des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie des Bundesministeriums des Inneren (BMI) sowie des sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung (SMR).

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Enthaltung

3.3. Einzelvorhaben 4 des Modellvorhabens „ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden“ - Sport- und Bildungscampus Ostvorstadt *Drucksachenummer: 0427/2021*

Ziele dieses Vorhabens sind lt. Frau Winkler zunächst der Bau einer modernen, innovativen Turnhalle an der Kemmleroberschule, die Modernisierung der benachbarten Außensportanlagen, die energetische Ertüchtigung des Vereinsheimes des 1. FC Wacker Plauen sowie einen Sport- u. Bildungscampus in der Ostvorstadt zu entwickeln, der das gesamte Wohngebiet nachhaltig verbessern wird.

Der sogenannte „Wacker-Enkelgarten“ mit Sitzbereich, Schachspiel- und Boule-Fläche komplettiert das Vorhaben. Eltern oder Großeltern, welche die Kinder zum Training begleiten, könnten beispielsweise diesen Erholungsbereich nutzen. Der Bereich soll aus einem ehemaligen, der Stadt bereits überschriebenen, Kleingarten entstehen. Die Planung wird aus Kostengründen durch die Stadt selbst erfolgen. Es ist angedacht, diesen „Enkel-Garten“ tagsüber zu öffnen, jedoch nachts zu schließen, um ihn vor evtl. Vandalismus zu schützen. Der Wacker-Sportverein unterstützt das Projekt nach Kräften.

Es soll ein Basketballplatz, ein Volleyball- und ein Beach-Volleyballfeld sowie eine 75 m-Laufbahn und ein Bolzplatz entstehen. Es soll öffentliche und halböffentliche, also mit Ballfangzaun eingezäunte und der Betreibung des Vereines unterliegende, Flächen geben.

Dieses Vorhaben besteht aus vier Einzelbausteinen – finanziell größter Baustein ist hierbei die „Einfeldhalle plus“.

Im kommenden Jahr soll dazu ein Planungswettbewerb durchgeführt werden. Mit den Schülern der Kemmler-Oberschule soll ein Ideenwettbewerb zur Gestaltung ihres Schulhofes ins Leben gerufen werden.

Herr Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass die Stadt damit aktiv in die Bildungs- und Freizeitgestaltung investiert und damit auch der Sportstättenentwicklungsplan der Stadt umgesetzt werden kann. Er betont die Wichtigkeit eines solchen Projektes für die Lebendigkeit des Vereines - ja des gesamten Wohngebietes.

Er unterstreicht besonders die Unterstützung durch den Wacker Sportverein, der durch seine Betreibung Folgekosten für die Stadt minimiert.

Herr Stadtrat Rüdiger, Fraktion DIE LINKE., schlägt vor, den angedachten Bolzplatz in die direkte Umgebung der Astrid-Lindgren-Schule zu setzen, um Lärmbelästigung oder Schäden an Fahrzeugen durch über das Gelände hinausgeschossene Bälle zu vermeiden. Denkbar wäre für ihn auch die Anbringung von Ballfangnetzen an diesem Freizeit-Platz.

Frau Winkler hat ebenfalls bereits eine Form der Begrünung als Schallminderung sowie einen Ballfangzaun in ihre Überlegungen einbezogen.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, rät dazu, andere Sportarten wie z. B. Skaten, neben Fußball, nicht zu vergessen.

Frau Winkler hält das Skaten auf dieser begrenzten Fläche im Allgemeinen für schwierig. Es können jedoch sehr viele verschiedene Ballsportarten dort untergebracht werden. Es wurde enorm platzsparend geplant, so dass sich teilweise Flächen überschneiden. So ist es z. B. möglich, dass beim Weitsprung die Anlaufstrecke über den Basketballplatz führt und in das Beach-Volleyball-Feld gesprungen wird.

Herr Stadtrat Schumann, AfD-Fraktion, erkundigt sich nach der Bearbeitungsdauer beim Fördermittelgeber, wann mit einem Zuwendungsbescheid gerechnet werden könne.

Herr Oberbürgermeister Zenner bestätigt, dass zwar das Gesamtpaket grundsätzlich bewilligt ist, jedoch zusätzlich jede Einzelmaßnahme für sich beantragt werden und im Stadtrat beschlossen werden muss.

Frau Winkler führt weiter aus, dass alle Anträge bis Ende Oktober 2021 gestellt sein müssen. Es sind hohe bürokratische Hürden zu überwinden. Ihrer Ansicht nach ist mit einer Prüf- und Bearbeitungszeit durch das BBSR als Fördermittelgeber bis Ende d. Jahres zu rechnen.

Herr Oberbürgermeister Zenner verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich das modellhafte an diesem Projekt auch in der Bearbeitungszeit bzw. Bearbeitungsweise widerspiegelt – dies ist nur durch echten Bürokratieabbau und ein wachsendes Vertrauen in die Kommunen möglich.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Beantragung der Fördermittel für die Realisierung des Einzelvorhabens 4 – Sport- und Bildungscampus Ostvorstadt - unter Vorbehalt der Forderungen und Anregungen des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), des Bundesministeriums des Innern (BMI) sowie des Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR).

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Enthaltung

3.4. Einzelvorhaben 6 und 7 des Modellvorhabens „ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden“ - Arbeitstitel Mobilität und Digitalisierung
Drucksachenummer: 0428/2021

Frau Winkler, FG Stadtplanung und Umwelt, führt zum Inhalt des Einzelprojektes aus. Der ÖPNV soll in diesem Gebiet gestärkt werden, der Bereich soll digital vernetzt werden. Sie betont dabei jedoch, dass die Stadt keine Fahrzeuge fördern könne, ebenso wenig eine Betreibung. Die Stadt kann jedoch vorbereiten.

Die Schaffung eines Mobilitätsknotens ist dabei ebenso von besonderem Interesse. Ideen wären hier z. B. Fahrradabstellanlagen, E-Bike-Ladestationen, Carsharing, Lastenradstationen etc. Gemeinsam mit der Bevölkerung soll erörtert werden, wie so ein Mobilitätsknoten ausgestaltet werden soll.

Von Bedeutung ist hierbei auch die Radverbindung zwischen der Ostvorstadt und dem Lessing-Gymnasium. Gemeinsam mit dem FG Tiefbau sowie der Verkehrsplanung soll hierfür ein Konzept erstellt werden. Für eine Umsetzung wären jedoch noch einige Grundstücksankäufe nötig.

Frau Winkler verweist darauf, dass in der Stadt Plauen derzeit eine Digitalagenda erstellt wird. Auch hier soll vertiefend für das Mammengebiet ein Digitalisierungskonzept erstellt werden. Mit AWG und WbG könnte z. B. das so genannte „Smarte Wohnen“ getestet werden.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt an, weshalb entgegen ersten Entwürfen keine Rede mehr vom autonomen Fahren ist und ferner, ob nicht doch eine Anbindung des Mammengebietes an das Netz der Plauener Straßenbahn in diesem Zusammenhang mit umgesetzt werden könne.

Abschließend würde ihn interessieren, ob sich die Modellkommune insgesamt noch im finanziellen Rahmen bewegt.

Herr Oberbürgermeister Zenner, spricht sich ebenfalls dafür aus, dass das Thema Straßenbahn diesbezüglich nochmals einzeln betrachtet werden sollte.

Er bestätigt ferner, dass das autonome Fahren im ursprünglichen Antrag enthalten war, das Thema sei jedoch insgesamt noch viel zu teuer, weshalb das BBSR empfahl, diese Vision aus den Entwürfen zu entfernen.

Frau Winkler kann die Frage nach dem finanziellen Rahmen mit ja beantworten. Die Projekte befinden sich allesamt noch in der konzeptionellen Phase und es wird peinlich genau auf die Einhaltung der finanziellen Grenzen geachtet. Die Stadt ist darüber hinaus angehalten, einen finanziellen Puffer von ca. 20 % in die Anträge einzuarbeiten.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Beantragung der Fördermittel für die Realisierung der Einzelvorhaben 6 und 7 mit dem Arbeitstitel – Mobilität und Digitalisierung – unter Vorbehalt der Forderungen und Anregungen des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), des Bundesministeriums des Innern (BMI) sowie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung (SMR).

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Enthaltung

4. Antrag der Fraktion DIE LINKE.- Erarbeitung einer Freiflächengestaltungssatzung (FGS), Reg.-Nr. 217-21 - Stellungnahme der Verwaltung

Frau Schubert, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., stellt den Antrag ihrer Fraktion, welcher sich in der Hauptsache gegen die Ausbreitung so genannter „Schottergärten“ wendet, nochmals kurz vor bzw. begründet diesen.

Herr Löffler, FGL Stadtplanung und Umwelt, führt zur Stellungnahme der Verwaltung aus. Diese spricht sich – auch wenn sie die Intention des Antrages versteht - grundsätzlich dafür aus, diesem nicht zu folgen und empfiehlt stattdessen die Verbreitung von geeignetem Infomaterial. Auch sei die Stadt Plauen seiner Ansicht nach im Bereich Energie- und Klimaschutz, Umweltschutz, Baumschutz, Grün- und Freiflächengestaltung ohnehin schon sehr aktiv.

Eine durch die Stadt erlassene Satzung müsse auch umgesetzt bzw. deren Umsetzung kontrolliert werden. Dies sei jedoch ferner mit dem jetzigen Personalbestand nicht möglich.

Herr Oberbürgermeister Zenner unterstreicht die Stellungnahme der Stadt. Obwohl er das Anliegen selbst unterstützen kann, spricht er sich dafür aus, keinen „Papiertiger“ zu generieren und setzt vielmehr auf eine sachgerechte Aufklärung der Bürger als auf deren Bevormundung bzw. Beschneidung der individuellen Gestaltungsfreiheit. Er gibt den Antrag zur Diskussion frei.

Herr Stadtrat Rust, AfD-Fraktion, moniert, dass die Stadt, entgegen den Ausführungen im Antrag, nachts sehr wohl abkühle. Zudem fallen Gärten in Plauen, welche als so genannte Schottergärten bezeichnet werden können, flächenmäßig nicht sehr ins Gewicht, da gäbe es seiner Meinung nach ganz andere.

Auch warnt er davor, dass solche Satzungen schnell absurde „Blüten treiben“ könnten. So seien ihm Städte bekannt, in welchen dann die Pflanzung bestimmter Baumkategorien gefordert oder die zulässige Breite von Fahrstreifen vorgeschrieben würde. Der Eingriff in die Freiheit der individuellen Gestaltung dürfe nicht so weit gehen.

Stattdessen spricht er sich dafür aus, dass Bürger selbst Bäume in Plauen pflanzen dürfen, z. B. angeflogene, statt Baumpatenschaften zu übernehmen, die sich manche Menschen ohnehin nicht leisten könnten. Ideal seien dafür seiner Meinung nach große, freie Flächen der AWG oder WbG oder sonstige städtische Grundstücke. In anderen Städten wäre dies zulässig und würde mit diversen Programmen regelrecht gefördert. Er habe bereits eine entsprechende Anfrage an Frau Bürgermeisterin Wolf gerichtet.

Darüber hinaus beklagt er, dass in der Stadt ohnehin nur relativ kleine Bäume gepflanzt würden, die zwar leicht zu pflegen seien, aber für das Klima und die Abkühlung in der Stadt keine Auswirkungen hätten.

Frau Schubert, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. ergänzt, dass bei allen Zertifikaten, welche die Stadt bereits errungen hat, noch „Luft nach oben“ sei. Es ginge ihr darüber hinaus auch nicht nur um Privatgärten, sondern z. B. auch um Firmengelände. Sie wünsche sich ein Zeichen der Stadt – auch z. B. an Gartenbaufirmen – das dies nicht geduldet werden wird.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Es gibt keine öffentlichen Anfragen.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Bernd Stubenrauch
Stadtrat

Plauen, den 11.10.2021

Plauen, den

Lydia Grüner
Schriftführer

Dieter Blechschmidt
Stadtrat